

**Rede
des Sprechers für Digitalisierung**

Jörn Domeier, MdL

zu TOP Nr. 30

Erste Beratung

**Niedersachsen muss jetzt die Chancen für einen
Offshore-Weltraumbahnhof prüfen und vorantreiben**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/7548

während der Plenarsitzung vom 08.10.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als der Bundesverband der Deutschen Industrie bei seinem Weltraumkongress im Herbst letzten Jahres über einen deutschen Startplatz für kleine Trägerraketen zu diskutieren begonnen hat und dann im Rahmen der Berliner Weltraumerklärung die Vorschläge an den Bundesminister Altmaier übergeben wurden, war ich sehr gespannt darauf, was da drin steht.

Ich gebe zu, der erste öffentliche Tenor war vernichtend. Sinngemäß: Beim Bahnhof hapert's, mit dem Flughafen ist das so eine Sache, also versucht man einen Weltraumbahnhof. Aber auch echte Fachleute wie unser Astronaut Professor Thomas Reiter haben richtigerweise kritisch darauf hingewiesen, dass es bei den Plänen nicht um ein deutsches Cape Canaveral gehen darf; erstens, weil es um Minisatelliten gehen soll - Sie hatten es eben ausgeführt -, und zweitens - und das ist eigentlich viel wichtiger -, weil ein Weltraumbahnhof in Deutschland nicht an Land funktionieren kann, weil bei uns - anders als in Kasachstan - flächendeckend Menschen wohnen und Trägerraketen und Vorgärten sich bitte auch in Zukunft ausschließen.

Wir müssen also weit weg von dichtbesiedeltem Gebiet, und das ist in Mitteleuropa wirklich schwer möglich. Und neben den Herausforderungen des bewohnten Gebiets haben wir mit dem Nationalpark Wattenmeer - ein UNESCO-Weltnaturerbe - auch besondere Herausforderung für den Umweltschutz.

Die Auswahl des Standorts für einen Spaceport ist aber entscheidend, um gute Starts über die Bühne zu bringen. In Ihrem Antrag, Herr Bode, nehmen Sie diese Fragen auf und gehen den für mich einzig gangbaren Weg gleich mit: Es kann bei der Standortfrage nur um einen schwimmenden Spaceport gehen. Und um das Rad nicht neu zu erfinden, wünschen Sie den direkten Dialog mit dem Nachbarn, in dem Fall mit dem Bundesland Bremen.

Sie haben die Idee des Bundesverbandes der Deutschen Industrie aufgegriffen. Ein weiterer Hintergrund des Bundesverbandes der Deutschen Industrie war es aber auch, die Aufforderung an den Bund zu richten, seinen Beitrag zum Raumfahrtprogramm zu steigern. Statt 285 Millionen Euro wünscht er sich 700 Millionen Euro Steuermittel pro Jahr. Aus diesem Grund bin ich hinsichtlich der finanziellen Beteiligung des Landes mit Äußerungen lieber sparsam und warte gerne auf die Aussagen aus Berlin.

Dass die digitale Souveränität mehr Mini-Kommunikationssatelliten bedeutet, ist für mich klar. Dass Raumfahrttechnik auch immer etwas für den Wissenschaftsstandort tut, ist auch klar. Und dass die Hightech-Industrie das sicherlich nicht als Nachteil bewertet, darüber sind wir uns einig. Aus diesem Grund möchte ich es wieder mit unserem Astronauten Thomas Reiter halten:

„Wichtig ist, dass man verstanden hat und bei diesem Geschäft mitmischen will.
... Diverse Unternehmen werden in den kommenden Jahren Tausende kleiner
Kommunikationssatelliten ins All schießen. Wir sehen uns nicht in Konkurrenz zu
diesen Unternehmen, sondern wollen gemeinsam mit ihnen die notwendigen
Fähigkeiten entwickeln.“

Ich freue mich über eine spannende Sacharbeit im zukünftigen Space-Ausschuss.
Möge die Macht mit uns sein!